

Infodienst Gentechnik

Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Herbizid im Einsatz (Foto: Chafer Machinery / flickr, Chafer Sentry, Applying Defy at 250l/ha on wheat land in Lincolnshire, bit.ly/29E6Sk4, creativecommons.org/licenses/by/2.0)

Kalifornien stuft Glyphosat als krebserregend ein

Veröffentlicht am: 03.07.2017

Der US-Staat Kalifornien wird das Herbizid Glyphosat am 7. Juli auf seine Liste von Chemikalien setzen, die Krebs erregen können. Als Konsequenz müssen in dem Staat Produkte, die Glyphosat enthalten, binnen eines Jahres als „krebserregend“ gelabelt werden. Die kalifornische Umweltbehörde stützt ihre Entscheidung auf die Einstufung von Glyphosat als „möglicherweise krebserregend“ durch die Krebsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation.

Monsanto kündigte an, weiter juristisch gegen die Listung vorzugehen und nannte die Ent-

scheidung der Behörde gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters „wissenschaftlich und rechtlich unvertretbar“. Umweltschützer wie Nathan Donley vom Center for Biological Diversity lobten Kaliforniens Vorgehen als vorbildlich.

In Deutschland nutzte Harald Ebner, Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion für Gentechnik, die kalifornische Entscheidung für einen erneuten Appell an die Bundesregierung, die Krebs-Hinweise ernst zu nehmen. „Eine Glyphosat-Neuzulassung ist unverantwortlich.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht das anders. Sie versprach auf dem Deutschen Bauerntag, sich für die weitere Zulassung von Glyphosat einzusetzen, berichtete die Neue Osnabrücker Zeitung.

Bisher sorgte die ablehnende Haltung der SPD dafür, dass Deutschland auf EU-Ebene nicht für eine weitere Zulassung stimmte, sondern sich enthielt. Doch derzeit sind die Signale aus der SPD unterschiedlich. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sagte Anfang Juni im Bundestag, sie habe sich noch nicht entschieden. Ihr Staatssekretär Jochen Flasbarth schrieb in einem Tweet, man werde einem Neuantrag der Kommission nur mit Biodiversitätsauflagen zustimmen. Und die SPD-Abgeordnete Rita Hagl-Kehl sprach von einem Ausstiegsplan. Man könne bei Glyphosat „nicht sofort den Hebel umlegen“. Das Fachportal topagrar.com hingegen meldete, dass das Bundesumweltministerium eine Glyphosat-Zulassung weiterhin ablehne. „Ein Sprecher des Ministeriums bestätigte gegenüber AGRA-EUROPE die unveränderte Position seines Hauses. Es würden keine neuen Vorschläge vorliegen und daher auch nichts, dem man zustimmen könne“, schrieb topagrar.

Die EU-Mitgliedsstaaten werden am 19 Juli in dem für die Glyphosat-Zulassung zuständigen Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Nahrungs- und Futtermittel über das Thema diskutieren. Eine Entscheidung über die erneute Zulassung wird voraussichtlich erst im Herbst fallen. [If]

Links zu diesem Artikel

- [Topagrar: Bundesumweltministerium lehnt Glyphosat-Zulassung weiterhin ab \(29.06.17\)](#)
- [Reuters: California to list herbicide as cancer-causing \(27.06.17\)](#)
- [Neue Osnabrücker Zeitung: Bauerntag: Merkel spricht sich für Glyphosat-Einsatz aus \(28.06.17\)](#)
- [Infodienst: Wissenschaftler: Behörden übersahen in Glyphosat-Studien Krebsgefahr \(01.06.17\)](#)
- [Infodienst: Mehr als eine Million Unterschriften gegen Glyphosat \(22.06.2017\)](#)